

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion, Dresden-N. 10, Holtenauerstr. 4. Fernsprecher 21366. Postfachkonto Leipzig Nr. 1478

Wegberechtigt: Ausgabe A mit Illustr. Beilage (Vierteljährlich 2,50 M. in Dresden und ganz Deutschland frei) ... Ausgabe B (Vierteljährlich 1,50 M. in Dresden und ganz Deutschland frei) ...

Einzelgen: Annahme von Reichsbotenposten ...

Einzigste katholische Tageszeitung im Erzstift. Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage mit weltw. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der Rücktritt der Regierung Die Ehrenpunkte

Weimar, 20. Juni, 1. Uhr nachts. Das Kabinett ist soeben zurückgetreten, es wird die Geschäfte vorläufig weiter geführt, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Die Krise ist früher eingetreten, als man geglaubt hat. Das sie kommen würde, darüber konnte von vornherein kein Zweifel bestehen. Die Stimmung in Weimar stand seit vorgestern auf Krisenfuß. Das kann man deutlich aus dem Stimmungsbild unseres Weimarer Vertreters ersehen, das inzwischen gewiß zum Teil durch den Rücktritt des Kabinetts überholt ist, das wir der allgemeinen Beurteilung wegen aber doch noch in vollem Umfange nachfolgend veröffentlichten. Was nun? Eine Reihe von Blättern sind voll von Mitteilungen über die Haltung der einzelnen Minister, über die Stellung der verschiedenen Abgeordneten und Fraktionen und dergleichen. Ein klares Bild darüber, wie die Dinge liegen, läßt sich im Augenblick noch nicht geben. Scheidemann kommt für die Unterzeichnung dieses Friedens noch seiner Rede in der Universitätsaula in Berlin überhaupt nicht in Frage. Wie vorhinell manche Blätter urteilen, mag daraus ersichtlich sein, daß die Meinungen, Wiesberts sei durchaus ablehnend, nicht richtig sind. Im Zentrum ist ohne Zweifel eine starke Strömung für die Unterzeichnung, jedoch nur unter ganz bestimmten Vorbehalten. Es handelt sich bei diesen Vorbehalten vor allem um die sogenannten Ehrenpunkte. Auch die Anhänger der Unterzeichnung — mit Ausnahme der Unabhängigen natürlich — sind der Ansicht, daß folgenden vier Teilen des feindlichen Friedenswerkes nicht zugestimmt werden kann nämlich 1. der Aufbürdung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, 2. der Auslieferung des Kaisers u. a. politischer Persönlichkeiten (es handelt sich dabei um etwa 300 Personen, darunter auch Parlamentarier), 3. der gegnerischen Schlussfolgerung, daß Deutschland durch seine Verwaltungstätigkeit in den Kolonien einen Anspruch auf Kolonialbesitz erworbt habe, 4. der budgetrechtlichen Ueberordnung der gegnerischen Wiederherstellungskommission und ihrer Oberhoheit in Zoll- und Wirtschaftsfragen. Diesen Standpunkt nimmt auch, wie uns heute vormittag unser Vertreter in Weimar drabiet, Wiesberts ein. Unter diesen modifizierten Vorbehalten ist auch Erzberger für die Unterzeichnung. Die Auseinandersetzungen im Kabinett waren außerordentlich heftige. Der Rücktritt ist ohne Zweifel deshalb erfolgt, weil die Fraktionen der Reichsparteien es abgelehnt haben, innerhalb einer bestimmten Frist bindende Erklärungen abzugeben. Wie uns weiter aus Weimar mitgeteilt wird, wird die Stimmung für eine Annahme des Friedenswerkes unter Protest vor allem aus süddeutschen Kreisen mit dem Hinweis darauf genährt, daß bei einem Einmarsch der Gegner das Reich unmittelbar zerfallen würde. Diese Befürchtung ist nicht völlig unbegründet. Auch die Möglichkeit einer sofortigen Trennung des Südens vom Norden darf nicht von der Hand gewiesen werden. Wie gesagt, ist jetzt die Hauptfrage die, was denn nun in Weimar geschehen wird. Schwere innere Auseinandersetzungen und heftige politische und parlamentarische Kämpfe scheinen kaum mehr vermeidbar. Was davor zu bewahren, wäre nur möglich, wenn es noch gelingen würde, eine gemeinsame Basis des Handelns zu finden.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Ist sich das deutsche Volk der Bedeutung dieser Stunde bewußt? In alldeutschen Blättern rufen manche Leute jetzt wie Jurien, weil auch bürgerliche Abgeordnete unter gewissen Voraussetzungen und Vorbehalten für die Unterzeichnung sind. Bedenken diese Blätter, was sie für Verantwortung auf sich laden. Hätte man das Bewußtsein und die Gewißheit, daß das deutsche Volk die Kraft in diesem Augenblicke hätte, sich zu wehren, kein Recht dürfte für die Unterzeichnung eintreten, auch unter Vorbehalten nicht. In diesem Augenblicke dürfen wir keine Gefühlspolitik, sondern müssen Realpolitik treiben. Wer heute sich das Leben in den Städten ansieht, wer auf der einen Seite all das Elend kennt und auf der anderen Seite die entsetzte Vergnügungssucht nicht übersehen, der weiß, daß der Geist von 1818 deshalb gegenwärtig nicht in uns lebendig werden kann, weil im deutschen Volke entweder die körperlichen oder die psychischen Kräfte fehlen. Auch wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß doch vielleicht eines Tages auch selbst das deutsche Volk wieder erwachen wird. Gerade der Rücktritt des Kabinetts in Weimar zeigt, wie schwierig es ist, ein Urteil über das zu fällen, was besser wäre: Annahme oder Ablehnung. Hindenburg, der Deutschlands

Auf- und Abstieg miterleben mußte, hat in den letzten Tagen in Stolberg gesagt: „Mit dem Glauben an eine bessere Zeit gehe ich ins Grab.“ Diesen Glauben an eine bessere Zeit wollen wir nicht verlieren, und vor allem jetzt soll das deutsche Volk dafür sorgen, daß es wenigstens vor dem Allerschlimmsten bewahrt bleibt. Das ist nur möglich durch Einigkeit, und des ist unmöglich bei gegenseitiger Verdächtigung. An allen Ecken und Enden des Reiches flammte es bereits auf. Der Spartakismus ist überall am Werke. Auch dieser Faktor darf nicht unbeachtet bleiben. Stunden höchster Spannung sind gekommen; denn wir wissen heute nicht, wie das Morgen aussehen wird. hsl.

Die Stellung des Zentrums zur Friedensfrage

(Eigener Drahtbericht der „Sächsischen Volkszeitung“) Die Zentrumstration hielt am Freitagvormittag eine dreistündige Sitzung ab, zu welcher sämtliche Mitglieder erschienen waren. Die Besprechungen fanden unter dem erschütternden Einfluß der Entscheidung, die bevorsteht. Die Frage der Ablehnung oder Unterzeichnung wurde unter allen nur denkbaren Gesichtspunkten und unter Erörterung aller möglichen Folgen und Wirkungen eingehend besprochen. Eine endgültige Stellungnahme erfolgte heute noch nicht, dennoch ließ sich erkennen, daß die überwiegende Mehrheit für eine Unterzeichnung des Friedensvertrages ist. Man ließ sich dabei insbesondere von der Erwägung leiten, daß eine Ablehnung auf absehbare Zeit keinen besseren, sondern nur noch einen schlechteren Friedensschluß für uns bringen würde, daß aber die allernächsten Folgen des feindlichen Einmarsches Revolution im Innern und Zerfall des Reiches wären. Die Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten sind selbstverständlich nicht für die Unterzeichnung. Außer diesen haben sich auch noch wenige Abgeordnete für die unbedingte Ablehnung ausgesprochen. Das Zentrum will aber auch keine unbedingte Annahme. Es soll verlangt werden, die sogenannten Ehrenpunkte aus dem Friedensvertrag auszuschalten, also Aufbürdung der Kriegsschuld an Deutschland, Auslieferung militärischer und politischer Persönlichkeiten, Aberkennung deutscher Kolonialrechte und Aufhebung einer wirtschaftlichen Oberhoheit der Wiederherstellungskommission. Würde die Entente diese Vorbehalte ablehnen, so würde auf sie die Verantwortung für alles Weitere fallen müssen. Die endgültige Stellungnahme erfolgt erst am Freitag.

Die Stimmung in Weimar

Von unserem parlamentarischen Sondervertreter in Weimar erhalten wir folgende fesselnde Schilderungen über die Stimmung in Weimar, wie sie sich gegenwärtig unter dem Druck der ungeheuren politischen Spannung angesichts der folgenreicheren Entscheidung entwickeln. Wir geben dieses Stimmungsbild unseren Lesern wieder, ohne aber den Standpunkt zu den Einzelfragen in allen Punkten für uns zu eigen zu machen. Wir glauben aber doch, daß die nachfolgenden Aufzeichnungen das Urteil über die gegenwärtige Lage und die Zusammenhänge, die für die zu treffende Entscheidung berücksichtigt werden müssen, wesentlich erleichtern.

Zur Stunde schwebt natürlich die Schicksalsfrage, ob unterzeichnet wird oder nicht, auf allen Lippen in Weimar. Man legt sich naturgemäß namentlich in Regierungskreisen, aber nicht minder in politischen Kreisen die Frage der Folgen in dem einen wie in dem anderen Falle vor. Werden wir unterzeichnen, dann ist es klar, daß die spätere Regierung gerade von denjenigen Kreisen den härtesten Anforderungen ausgelegt sein wird, die jetzt nach einer Unterzeichnung unter allen Umständen rufen. Im Falle der Unterzeichnung müßte mit Hilfe der Presse eine gewaltige Propaganda im ganzen Volke Platz greifen, welche die Gründe, die die Regierung zur Annahme bestimmt haben, darlegt. Das würde natürlich eine ungeheuer saure Arbeit werden angesichts der furchtbaren Schwere der Bedingungen und der fast unmittelbar nach ihrer Annahme sich geltend machenden Folgen. Das eine wäre aber auch sicher, daß eine Regierung nach Unterzeichnung des Vertrages sich halten könnte unter der rücksichtslosesten Anwendung aller nur zur Verfügung stehenden Nachtmittel gegen alle die-

jenigen, die dann nach dem Einzuge dieser Regierung die Anzechtung immer neuer Unruhen und neuer Wirren betreiben. Gerade nach Abschluß des Friedensvertrages werden wir zur Erfüllung seiner Bedingungen alle unsere Kraft zusammennehmen müssen, um überhaupt eine Basis zu gewinnen, die es uns gestattet, einen Friedenraubenden Angriff zu vermeiden, namentlich unteres wirtschaftlichen Lebens hinanzugehen. Mit diesem Gedanken also muß man sich heute schon vertraut machen. Doch nach Annahme des Friedensvertrages entweder die jetzige Regierung abzugeben oder vollständig neu zu bilden wird und zwar auf der einen der jetzigen Verbündeten gegenüberstehenden Seite. Was wäre in diesem Falle und währenddessen die Bedeutung zu diesem Zeitpunkt aus welcher Seite eine neue Regierung sich bilden könnte, zu gewinnen. Letztere ist in dem jetzigen Augenblicke nicht geeignet für, in einer solchen Arbeitsgemeinschaft sich zu vereinigen. In demselben Augenblicke nach dem 9. November 1918 forderte er nach sich, Würde über der Friede überlassen, sein, so müßte eine solche Aufgabe geklärt sein, daß der über Politik hinaus hinaus müßte. Es wäre dann auch die Zeit frei, nur die einzig und allein für das Wohl und den Frieden des Vaterlandes betretenen Parteien zu gewinnen. Es können sich jetzt schon die Bemühungen dahin, eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft zu führen. Von diesem Punkte aus werden wir in der Tat viel davon abhängen, ob die neuen Verhältnisse diejenige Würde erhalten, die notwendig ist, um unsere künftige Arbeitsweise mit unsern jetzigen Wirken in Form zu halten, die uns einerseits der Erfüllung der Friedensbedingungen möglich machen, die uns andererseits gestatten, den Aufbau unserer eigenen Wirtschaft nach neuen Prinzipien ins Werk zu setzen.

Im Falle abgelehnt würde, würde die jetzige Regierung natürlich sich nicht zu halten vermögen. Von welcher Seite, von den Unabhängigen und Kommunisten würde gerade jetzt eine auch in Anwendung von Maßnahmen von betriebene Propaganda in Szene gesetzt mit dem Zwecke, die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages oder aber zum Rücktritt zu zwingen, um die Basis frei zu machen für eine unabhängige Regierung, die nach Lage der Dinge auch nur eine vorübergehende Erscheinung wäre und schließlich den Kommunisten nach dem Muster Rußlands oder Ungarns Platz zu machen hätte. Unter diesen Umständen ist die Entscheidung, vor welcher sich jetzt die Regierung und Nationalversammlung gestellt sieht, eine geradezu furchterliche.

Es gibt in parlamentarischen Kreisen insbesondere eine starke Richtung, welche die Meinung vertritt, man solle nicht unterzeichnen und den Dingen ruhig ihren Lauf lassen. Die Vertreter dieser Richtung sind dabei der Meinung, daß die Gegner wohl kaum ihren Einmarsch nach Deutschland vollziehen und daß sie bei dem Scheitern des jetzigen Friedenswerkes selbst am meisten verlieren. Als verständig kann man nicht insbesondere nach den Erfahrungen und Beobachtungen, die ich bei einer dieser Tage durchgeführten parlamentarischen Reise nach Süddeutschland gemacht habe, dieser Auffassung nicht zustimmen. An dem Einmarsch der Gegner dürfte nach Lage der Dinge wirklich nicht zu zweifeln sein. Die Stimmung, welche sich seitens der Franzosen bei der Abreise unserer Delegation von Versailles offenbarte, läßt doch wirklich erkennen, daß große Teile des französischen Volkes geradezu nach einem Einmarsch des Gegners in das noch unbesetzte deutsche Gebiet sehnen. Eine Hoffnung auf den französischen Sozialismus ist ebenfalls völlig unangebracht, denn der Pariser Pöbel, der sich an den Ausschreitungen in Versailles beteiligte, gehört zum überwiegenden Teile gerade diesen sozialistischen Kreisen an. Wir sind nunmehr in einer Zwangslage, in welcher es nicht geht, sondern rein rechnerisch läßt und nichtern entschieden werden muß, welches Übel das kleinere ist.

In den führenden Kreisen wird im Falle der Ablehnung auch der sofortige Zerfall des Reiches in einzelne Teile befürchtet. Es wäre ja eine andere Frage, ob dieser Zerfall bei Unterzeichnung des Friedensvertrages im Laufe der Zeit überhaupt ausgehalten werden könnte. Die Vollziehung des Friedens und der Druck zwischen Nord- und Süddeutschland wäre aber im ablehnenden Falle doch wohl unmittelbar zu erwarten schon mit Rücksicht darauf, daß die Gegner verstanden würden, mit solcher Art gebildeter Reichspartei unter Zustimmung von Sonderparteien zum Friedensschluß zu kommen. Breiten würde auf diese Weise völlig isoliert, was ja auch den letzten Absichten der Gegner und ihren Plänen nur entgegenkäme. Auch von diesen Gesichtspunkten aus muß die jetzige Frage betrachtet werden.



Aus Dresden

Lebensmittelbelieferung für die Stadt Dresden Reihe „Amtliche Bekanntmachungen“.

Fleischversorgung. In der nächsten Woche (22. bis 29. Juni) wird an Stelle der laufenden Fleischversorgung ausländisches Fleisch...

Das Stadtverordnetenkollegium erledigte in seiner gestrigen Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung. Aus der Registrande war eine Mitteilung des Rates erwähnenswert...

Staatswissenschaftliche Vorträge. Die Durchführung des Räteystems nach den Plänen der Regierung, ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen...

Der Mörder des Ministers Reuring ist nunmehr einwandfrei festgestellt. Es ist der Matrose Gottleber...

Gerichtsjaal

Der Raubmord in Friedrichstadt beschäftigte das Dresdner Schwurgericht in einer längeren Sitzung. Es handelte sich um die Ermordung und Beraubung des...

garrenhändlers Friedrich Albert Reichel, der im Hause Friedrichstraße 38 ein Zigarrengeschäft betrieb. Man fand Reichel am Donnerstag den 20. März in seinem Bette tot auf und zwar war ihm eine Schnur um den Hals gelegt...

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Katholischer Gesellenverein. Der Ausflug unseres Vereins nach der Exerzierschule findet am nächsten Sonntag den 22. d. M. statt. Treffpunkt Bahnhofs Halbinsel...

Dresden. Kathol. Gesellenverein. Schulmitglieder Mittwoch den 25. Juni abends 8 Uhr im Seelenhaus Generalsversammlung. Am zahlreichsten und pünktlichsten Erscheinen wird gebeten.

Dresden. Katholischer Arbeiterverein „S. J. Joseph“. Sonntag, 22. Juni Generalsammlung mit Befragung und Junglingsverein nach Alkersdorf. Abmarsch für die Johannisfeier...

Dresden. Kathol. Arbeiterverein. Am Montag Morgen fand die Religionsprüfung der Schulpfänger statt. Um die Mittagsstunde verabschiedete sich der hohe Geist...

Ramenz. 16. Juni. Hierung. Die kathol. Gemeinde von Ramenz hatte am Sonntag hohen Besuch. Der hochwürdigste Herr Bischof Dr. Lehmann war gekommen...

Ramenz. Kath. Gemeindeversammlung. Anlässlich des Besuchs des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Lehmann hatte die katholische Gemeinde von Ramenz...

Die Männer der Regierung wollen die konfessionslose Schule. Damit greifen sie an das Recht der Eltern. Den Eltern gehören die Kinder durch die Natur...

Die am 15. Juni 1919 in Ramenz versammelten kathol. Eltern erheben einstimmig entschiedenen Einspruch gegen die Bergemeinigung ihrer heiligen Rechte...

an die Sächsische Volkammer als auch an das Kultusministerium zu Dresden abgeschickt wurde:

Zu gemeinsamer Sitzung am 11. Juni bereit, protestieren aufs entschiedenste gegen etwaige gerichtliche Maßnahmen zur Verfolgung der konfessionslosen Volksschule...

Letzte Telegramme.

Die große Krise

(Eigener Drahtbericht der „Sächsischen Volkszeitung“) Politischer Situationsbericht unseres Weimarer Vertreters. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag...

Die parlamentarische Lage gegenüber dem Friedensschluss beginnt sich nunmehr allmählich zu klären. Die Fraktionen haben ihre Vorberatungen abgeschlossen...

Zur Stunde wäre demnach die politische Lage dahin zu charakterisieren, daß eine, wenn auch knappe Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorhanden ist.

Bemerkenswert ist, daß am Donnerstag in Weimar auch eine Besprechung über die militärische Lage stattgefunden hat. Neben dem Reichswehrminister Roske nahmen an ihr der Kriegsminister Reinhard, die Generale...

Generalstreik im Waldenburger Kohlenrevier. Waldenburg (Schlesien), 19. Juni. Die Bergleute des Waldenburger Bezirks sind heute wegen Lohnforderungen in den Generalstreik eingetreten.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptschriftleiter Paul Schein. — Druck und Verlag der Germania-Verlagsanstalt G. m. b. H. in Dresden.

Katholisches Casino zu Dresden

Sonntag den 22. Juni 1919. Ausflug nach der Löbnitz. Treffpunkt 1/2 Uhr am Bahnhof Wilder Mann. Später kommende treffen im Gasthaus zu Niederlöbnitz...

Künstler-Vereinigung

Dresden, Lennestraße Sommer-Ausstellung 1919

Gemälde ·· Plastiken

Morgen geöffnet von 1 Uhr an

Eintritt M. 1.15, Dauerkarte M. 2.40

Anschlußkarte M. 1.20

